

OAOEV-Update

Osteuropa– 2020/05

(Stand: 6. Mai 2020)

Sehr geehrte Mitgliedsunternehmen und Partner des Ost-Ausschuss - Osteuropaverains,

mit unserem Service „OAOEV-Update“ möchten wir Sie unabhängig von Veranstaltungsangeboten regelmäßig über die Entwicklung in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (außer Moldau) auf dem Laufenden halten.

Zusammenfassung

In den **Ländern der Östlichen Partnerschaft** wurden die grundsätzlichen Anti-Corona-Maßnahmen bis Mitte / Ende Mai verlängert. Gleichzeitig haben die Regierungen der Ukraine, Georgiens, Armeniens und Aserbaidshans erste Lockerungen verabschiedet. Diese Erleichterungen für Ausgangsbeschränkungen von Bürgern sowie Regelungen zum Betrieb von Unternehmen sind in allen Ländern an den Verlauf des Infektionsgeschehens gekoppelt. Einige Länder haben konkrete Stufenpläne für die Wiedereröffnung von Wirtschaft und Gesellschaft vorgelegt. Zunehmend gewinnt die Frage nach strategischen Ansätzen für eine Wiederbelebung der jeweiligen Wirtschaft an Fahrt. Informationen zum aktuellen Stand von Restriktionen und Lockerungen veröffentlicht der OAEVOV in seinem täglich aktualisierten [Corona-Dossier](#). Das Infektionsgeschehen entwickelt sich in der Ukraine, Georgien, Armenien und Aserbaidshans kontrolliert. Die Gesundheitssysteme der Länder sind mit der aktuellen Lage nicht überfordert. Die Infektionszahlen in Belarus sind im Vergleich zu den anderen Ländern dynamischer gestiegen.

Hier die wichtigsten Entwicklungen im Detail:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Kommende Veranstaltungen**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Wirtschaftspolitik

Ukraine

Die ukrainische Regierung hat einen [fünfstufigen Plan](#) (ukrainisches Original; die deutsche Übersetzung kann beim OAOEV abgefragt werden) zur **Lockerung** der landesweiten Einschränkungen vorgelegt. Diese Lockerungen sollen mit dem 11. Mai 2020 beginnen und Beschränkungen für kleine und mittelgroße Unternehmen aufheben. Die Maßnahmen werden zweiwöchentlich evaluiert und entsprechend dem Infektionsgeschehen fortgesetzt. Gleichzeitig rechnet die Regierung damit, dass die gesamten geltenden Restriktionen nicht vor Juli 2020 aufgehoben werden können.

Der gesellschaftliche und wirtschaftliche Stillstand zeigt starke Wirkungen auf den **Arbeitsmarkt**. Zahlen der Staatlichen Arbeitsbehörde zeigen aktuell eine Zunahme der offiziell registrierten Arbeitslosen um fast 50 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Derzeit sind offiziell 456.800 Menschen als arbeitslos registriert. Inoffizielle Schätzungen der Ukrainischen Industrie- und Handelskammer gehen jedoch vor dem Hintergrund eines großen informellen Sektors von aktuell etwa 2,8 Millionen Arbeitslosen aus. Dies entspricht etwa 15 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Zahl der offenen Stellen ist seit dem 12. März um rund 60 Prozent auf 53.000 gesunken. Vor diesem Hintergrund bleibt die Schaffung von Arbeitsplätzen in der aktuellen Situation eine der wichtigsten Prioritäten der Regierung. Infrastrukturminister Kryklii plant vor diesem Hintergrund unter anderem die Schaffung von rund 38.000 Arbeitsplätzen im Straßenbau.

Die ukrainische Regierung kündigte zudem an, mit verschiedenen Ländern Gespräche über die **Entsendung ukrainischer Gastarbeiter** führen zu wollen. Polen hat bereits am 4. Mai die Ausstellung von Arbeitsvisa für ukrainische Staatsbürger wieder aufgenommen.

Der politische Prozess zur Unterzeichnung des **Bankengesetzes** schreitet voran. Nach der ersten Lesung wurden über 16.000 Änderungsanträge von nur wenigen Abgeordneten eingebracht. Die Parlamentarier verabschiedeten daraufhin eine Verfahrensänderung, die die missbräuchliche Anwendung von Verfahren erschwert. Auf diese Weise kann die Verabschiedung des Bankengesetzes nun in einem Express-Verfahren stattfinden. Diese ist eine wesentliche Voraussetzung für die Auszahlung einer ersten Tranche des nächsten **IWF-Kredits**. Das Gesetz über die Landmarktreform, die zweite wesentliche Bedingung, wurde zwischenzeitlich durch den Präsidenten unterschrieben.

Zur **Stabilisierung des Bankensektors** hat die ukrainische Nationalbank Refinanzierungsmittel in Höhe von rund 330 Millionen Euro zur Verfügung gestellt und die Refinanzierungsperiode von 30 auf 90 Tage erhöht. Dies eröffnet einen größeren Spielraum bei der Kreditvergabe an Bürger und Unternehmen.

Der Think Tank VoxUkraine hat seinen [Reformmonitor](#) für das erste Quartal 2020 vorgestellt. Grundsätzlich wird eine abnehmende Geschwindigkeit bei der Umsetzung von Reformen konstatiert. Positiv bewertet wurde jedoch die Erweiterung der Frequenz-Bandbreite für den 4G-Mobilfunkstandard und eine verbesserte Beschaffungsstruktur im Medizinsektor über das neu gegründete staatliche zentrale Einkaufsunternehmen „Medical Procurement Ukraine“. Positiv, aber ausbaufähig, sind erste Anpassungen im Arbeitsrecht

mit Bezug auf das Thema Homeoffice sowie die Einführung des elektronischen Dokumentenmanagementsystems beim Zoll. Nach Ende der Quarantäne wird das elektronische Zahlungssystem im Land an sieben Tagen der Woche für 23 Stunden arbeiten. Bisher ist dies auf die Wochenarbeitstage zu den üblichen Öffnungszeiten beschränkt.

Personalien: In den vergangenen Wochen wurde in der Ukraine über eine Rückkehr des ehemaligen georgischen Präsidenten und Gouverneurs von Odessa **Mikhail Saakaschwili** als Vize-Premier diskutiert. In der Regierung und im Parlament hat sich dafür jedoch keine Mehrheit gefunden. Es wird davon ausgegangen, dass Saakaschwili in den nächsten Wochen dennoch eine Funktion im Präsidential- und Regierungsumfeld erhalten wird.

Ausgetauscht wurden die Leiter der Zoll- und der Steuerbehörde. Besonders die Ernennung von **Oleksii Ljubtschenko** zum neuen Leiter der Steuerbehörde wird von verschiedenen Stimmen zum einen in fachlicher Hinsicht kontrovers kommentiert. Zum anderen fällt Ljubtschenko eigentlich unter das Lustrationsgesetz, da er bereits unter der Regierung Janukowitsch zwischen 2009 bis 2011 Stellvertretender Leiter der Steuerbehörde war.

Belarus

Die Regierung von Belarus hat per [Präsidentendekret Nr. 143](#) Erleichterungen, Unterstützungsmaßnahmen, aber auch verschärfte Instrumente zur **Pandemiekontrolle** angekündigt, um die wirtschaftlichen Folgen für die am meisten betroffenen Branchen im Zuge der aktuellen Pandemie-Situation abzufedern und das Infektionsgeschehen besser zu kontrollieren. Dazu zählen unter anderem die vorübergehende Aussetzung von Steuerzahlungen, die schnellere Steuerrückzahlung durch den Staat oder die Flexibilisierung der Wahl der Besteuerung von Selbständigen. Bei Verstößen gegen Abstands- und Hygieneregeln im Einzelhandel und im Restaurantbereich kann der Betrieb temporär bis zu 90 Tage geschlossen werden. Im Arbeitsrecht und bei der Sozialversicherung kommt es zu Flexibilisierung. Lieferausfälle aufgrund der aktuellen Pandemiesituation werden nicht als schuldhaft anerkannt.

Belarus und Russland haben sich auf die Lieferung von 1,13 Millionen Tonnen **Öl** für Mai 2020 verständigt. Darüber hinaus arbeitet das Land weiter an der Diversifizierung seiner Ölbezugsquellen mit Norwegen, Aserbaidschan, aber auch mit Saudi-Arabien.

Mit Blick auf die avisierten **Präsidentenwahlen** hält Belarus an einem Termin Ende August dieses Jahres fest.

Südkaucasus

In **Armenien** sind erste Lockerungen der Corona-bedingten Beschränkungen ab dem 4. Mai aufgehoben. Die Menschen können sich wieder frei bewegen, wobei der öffentliche Verkehr weiter eingeschränkt ist. Alle Geschäftstätigkeiten sind wieder gestattet. Geschlossen bleiben müssen weiterhin Shopping Malls. Insgesamt hat die armenische Regierung 15 Maßnahmenpakete zur Abfederung sozialer und wirtschaftlicher Härten im Zuge der Corona-Restriktionen mit einem Gesamtvolumen von über 60 Milliarden Dram, etwa 115 Millionen

Euro, verabschiedet. Die Regierung setzt zur Bekämpfung der Krise darüber hinaus auf gesteigerte staatliche Ausgabenprogramme, beispielsweise im Bereich Straßenbau.

Aserbaidshon hat das „Spezielle Quarantäne Regime“ bis zum 31. Mai 2020 verlängert. Abgesehen davon wurden durch den zuständigen Krisenstab einige Lockerungen für die Städte Baku, Sumgait, Ganja, Lankaran sowie den Bezirk Absheron beschlossen (gültig ab 4. Mai 2020). Behördenmitarbeiter dürfen in begrenzter Zahl wieder arbeiten, Sozialzentren (DOST-Zentren) dürfen wieder öffnen, Aktivitäten von juristischen und natürlichen Personen, die in bestimmten Bereichen arbeiten und Dienstleistungen für andere Wirtschaftssubjekte erbringen, sind wieder erlaubt. Darüber hinaus können private Handelseinrichtungen in allen Gebieten wieder öffnen. Abgesehen davon bleiben alle anderen Beschränkungen bestehen. Die individuelle Bewegungsfreiheit ist weiterhin an die SMS-Freigabe über das System icaze.e-gov.az gebunden.

Aserbaidshon hat seine Position als wichtiger Gasversorger der Türkei gefestigt und ist mit einem Exportvolumen von rund 1,8 Millionen cbm im Januar und Februar 2020 zum drittgrößten Versorger der Türkei avanciert. Zwar zeigt sich der **Ölpreis** an den Weltmärkten weiter schwach. Der Preis für die Sorte Azeri Light hat sich auf 29,54 US-Dollar (6. Mai 2020) erholt. Am 22. April notierte die Sorte noch bei einem Allzeittief von 15,81 US-Dollar.

Ende April 2020 hat die Zentralbank von Aserbaidshon insgesamt vier *Banken* unter staatliche Aufsicht und Kontrolle gestellt. Betroffen sind die Atabank, die AGBank, die NBC Bank und die Amrah Bank.

Georgien lockert ebenfalls Corona-Beschränkungen. Ab dem 5. Mai dürfen alle Unternehmen, die im Bausektor tätig sind und Baustoffe herstellen, die Arbeit wieder aufnehmen. Dies gilt ebenso für Autowerkstätten und Autoservice-Einrichtungen. Nach dem Abschluss des laufenden Review-Prozesses zu Georgiens Wirtschaftsreformprogramm hat der IWF rund 200 Millionen US-Dollar an Finanzmitteln freigegeben, um coronabedingte Finanzlücken (u.a. Konjunkturerinbruch, Steuerausfälle) im Haushalt schließen zu können.

Im Land beginnt die Diskussion um die Förderung zum **Neustart der Wirtschaft**. Insbesondere der für das Land bedeutende Tourismussektor soll schnellstmöglich wieder arbeiten können. Gleichzeitig hat Wirtschaftsministerin Turnava angekündigt, über ein gesondertes Programm verstärkt ausländische Unternehmen nach Georgien zu bringen, um so von der erwarteten Umgestaltung der Lieferketten profitieren zu können.

Konjunktur

Das **Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche WiiW** hat am 6. Mai 2020 [eine neue Analyse zur wirtschaftlichen Entwicklung in Osteuropa](#) veröffentlicht. In der gesamten Region erwartet das Institut 2020 einen Rückgang des BIP um 6,1 Prozent. Die wirtschaftliche Erholung wird mit einem erwarteten Wachstum im Jahr 2021 von 2,8 Prozent vergleichsweise schwach ausfallen.

Für die **Ukraine** erwartet das WiiW einen BIP-Rückgang um etwa sechs Prozent aufgrund rückläufiger Konsum- und Investitionsaktivitäten. So ist beispielsweise der Absatz von Neuwagen um 50 Prozent geschrumpft. Allerdings sind eine moderate Inflationsrate sowie eine relative stabile Landeswährung zu erwarten.

Belarus hat zwar keine formalen Restriktionen beschlossen, ist aber über die wirtschaftlichen Verflechtungen mit anderen Ländern ebenfalls betroffen. Unterstützungsprogramme wurden beschlossen. Allerdings hängt deren Implementation von internationalen Kapitalzuflüssen ab. Das WiiW erwartet einen BIP-Rückgang von rund fünf Prozent.

In **Armenien** hat das Nationale Statistikbüro für das erste Quartal noch eine rund vierprozentige Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verzeichnet. Allerdings, so Wirtschaftsminister Khachatryan, wird das zweite Quartal 2020 deutlich negative Vorzeichen aufweisen.

Die **georgische Nationalbank** erwartet für das Jahr 2020 eine durchschnittliche Inflation von 6,1 Prozent, getrieben durch die aktuelle wirtschaftliche Krisensituation. Gleichzeitig wurde der Refinanzierungssatz von neun auf 8,5 Prozent gesenkt. Die Regierung erwartet einen BIP Rückgang von mindestens vier Prozent für das Jahr 2020. Für das Jahr 2021 wird mit einem Wachstum von vier Prozent gerechnet.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) stellt insgesamt 21 Milliarden Euro bereit, um die wirtschaftlichen Folgen des Coronavirus-Lockdowns abzufedern. Davon profitieren auch Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien und die Ukraine. Mehr zu dem Programm findet sich auf [der Website der Bank](#).

Projekte

Anfang Mai hat der Bau der **Baltic Gas Pipeline** begonnen, die Gas aus Norwegen über Dänemark nach Polen und weiter in die Ukraine führen soll. Die Pipeline soll am 1. Oktober 2022 eröffnet werden.

Belarus plant, eine **Öl-Pipeline** zwischen Gomel an der ukrainischen Grenze und der Stadt Gorki (östlich von Minsk an der russischen Grenze) von 2020 bis 2023 zu bauen. OAO Gomeltransneft Druschba ist zum Projektträger ernannt worden.

Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) finanziert die Modernisierung der **U-Bahn von Tbilisi** mit einem Kredit in Höhe von 75 Millionen Euro. Es werden neue Waggons angeschafft sowie die U-Bahn-Tunnel modernisiert.

Veranstungsnachlese

Am **29. April 2020** nahmen rund 40 OAOEV-Mitglieder sowie Vertreter der Bundesregierung an der Online-Diskussion mit dem Vize-Gouverneur der Nationalbank der Ukraine Dmytro Sologub teil. Die aktuelle Situation sei in ökonomischer Theorie bisher beispiellos, deshalb

seien auch keine konkreten Aussagen zum weiteren Verlauf der Krise möglich. Im Vergleich zu den Krisenjahren 2008 und 2009 sei die Ukraine aber besser aufgestellt, um den ökonomischen Folgen zu begegnen, berichtete Sologub. So seien die Inflationsentwicklung und das Budgetdefizit unter Kontrolle und beherrschbar. Als zentralen Baustein für die finanzielle Handlungsfähigkeit der Ukraine in diesem Jahr identifizierte der Vize-Gouverneur die Kooperation mit dem IWF. Anderen Risiken könne mit wirtschaftspolitischen Instrumenten begegnet werden. Jetzt zeige sich, dass die vor fünf Jahren angestoßene Bankenreform Früchte trage und für ein stabiles Bankensystem Sorge. Einen längeren Bericht zum Webinar finden Sie hier: <https://www.oaoev.de/de/wirtschaftliche-stabilitaet-als-anker>

Kommende Veranstaltungen

Die für unsere Region geplanten OAOEV-Veranstaltungen wurden bereits oder werden mit hoher Wahrscheinlichkeit verschoben. Die Regionaldirektion arbeitet weiter an alternativen Onlineformaten, um Ihnen die Möglichkeiten zur Information und Vernetzung zu bieten.

- **Ende Mai:** Länderarbeitskreis Östliche Partnerschaft (genaues Datum wird zeitnah bekannt gegeben)
- **Juni 2020:** [Belarus als IT-Standort mit den Schwerpunkten Gesundheit, Finance und KI](#) (dreiteilige Online – Reihe)
- **10. Juni 2020:** Webinar Ukraine: Im Rahmen der Informationsreihe für NRW-Unternehmen zu verschiedenen Märkten Osteuropas und deren Möglichkeiten. Eine Initiative von NRW.International im Rahmen des Enterprise Europe Network (EEN) mit Unterstützung des Ost-Ausschuss - Osteuropavereins der Deutschen Wirtschaft. Mehr Infos gibt es unter: <https://ogy.de/WebinarUkraine>
- **29. Juni 2020:** Ukraine Wirtschaftstag in Kooperation mit dem Deutsch – Ukrainischen Forum (als Online-Format)
- **30. September – 2. Oktober 2020:** Delegationsreise Ukraine – **verschoben vom März 2020**
- **Zweite Jahreshälfte:** Delegationsreise Aserbaidshan – **verschoben vom April 2020**
- **15. Oktober 2020:** Deutsch-Armenischer Wirtschaftstag, Jerewan
- **November 2020:** Wirtschaftsforum Östliche Partnerschaft im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, Düsseldorf

Tipps&Links

Anlässlich des **75. Jahrestags** des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa erinnert der OAOEV-Vorsitzende Oliver Hermes an die Opfer des Krieges aus den 29 Partnerländern des OAOEV und betont die besondere Verantwortung der deutschen Wirtschaft für die Verständigung in Europa. Hier das vollständige Statement:

<https://www.oaoev.de/de/vereintes-europa-bleibt-gemeinsame-aufgabe>

Von der chinesischen Provinz Wuhan aus hat sich das neuartige **Coronavirus** seit Ende Dezember in bereits über 100 Länder ausgebreitet. Welche Bestimmungen die Partnerländer des OAOEV erlassen haben, können Sie unserem Corona-Dossier entnehmen, das wir ständig aktualisieren. Dort finden Sie als pdf auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.oaoev.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte wieder reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Übersicht zu den Maßnahmen der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in den Ländern der Östlichen Partnerschaft: <https://www.ebrd.com/news>

Informationen der Europäischen Union zu Unterstützungsmaßnahmen der Länder der Östlichen Partnerschaft: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_562

Der Think Tank Berlin Economics veröffentlicht regelmäßig Updates, unter anderem zu Belarus, Ukraine, Georgien und Armenien. Zuletzt erschien ein Update zur Ukraine am 24. April 2020: <https://www.german-economic-team.com>

Die [Ukraine-Analysen](#) beschäftigen sich in der aktuellen Ausgabe mit dem Umgang des Landes mit dem Covid19-Virus, der Klimapolitik und der Pressefreiheit.

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

Deutsche Botschaft in Armenien:

<https://eriwan.diplo.de/am-de>

Deutsche Botschaft in Aserbaidshjan

<https://baku.diplo.de/>

Deutsche Botschaft in Belarus

<https://minsk.diplo.de/by-de>

Deutsche Botschaft in Georgien

<https://tiflis.diplo.de/ge-de>

Deutsche Botschaft in der Ukraine

<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OAOEV und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113 Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: S.Kaegebein@bdi.eu



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@bdi.eu

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.